

## IN DIESER AUSGABE

### MITGLIEDER

- ▶ „Gutes & Kollegiales Arbeiten“:
- ▶ Autos, Flieger, Schiffsmodelle –
- ▶ Mehr Umsatz und mehr Aufträge

### BERLIN

- ▶ Auch für Donnerstag wird in Brandenburg zu Warnstreiks aufgerufen
- ▶ Senat will Krankenhaus des Maßregelvollzugs ausbauen
- ▶ Berlin: Außertarifliche Zulage für Praxisanleiter
- ▶ Intendantin Vernau stellt Neuausrichtung des rbb vor
- ▶ Teures Berlin: Lebensmittelpreise steigen stärker als im Bundesdurchschnitt

### WIRTSCHAFT UND POLITIK

- ▶ Die Stimmung in deutschen Unternehmen wird besser
- ▶ Arbeitgeber fordern gesetzliche Regelung für Arbeitskämpfe
- ▶ Unterschiedlich hohe Nachtzuschläge rechtens
- ▶ Lauterbach erwartet steigende Beiträge
- ▶ Die Bahn will 80 Milliarden mehr

## MITGLIEDER

PM, Weißensee Kunsthochschule Berlin, 23. Februar 2023

### „GUTES & KOLLEGIALES ARBEITEN“:

**Beschäftigte und Hochschulleitung bringen Projekt der weißensee kunsthochschule berlin gemeinsam zum Erfolg**

**Um mögliche psychische Belastungen zu analysieren und geeignete Schutzmaßnahmen zu implementieren, führte die weißensee kunsthochschule berlin über zwei Jahre das hochschulübergreifende Projekt „Gutes & Kollegiales Arbeiten“ in Zusammenarbeit mit dem sozialwissenschaftlichen Forschungs- und Beratungsinstitut SowiTra durch. Neben einem Handbuch zur Gefährdungsbeurteilung und einer Diversity Policy liegen nun viele Konzepte und Maßnahmen zur Optimierung der Arbeitsbedingungen vor.**

Das innovative Projekt „Gutes & Kollegiales Arbeiten“ verfolgte einen stark partizipativen Ansatz und richtete sich an alle Beschäftigte der Kunsthochschule (Professor\_innen, Mittelbau, Beschäftigte in den Werkstätten und in der Verwaltung). Das Vorhaben gliederte sich dabei in die drei Phasen Analyse, Umsetzung und Transfer. Im Ergebnis haben die Projektteilnehmenden in enger Zusammenarbeit mit der Hochschulleitung 16 Maßnahmen für die Personal- und Organisationentwicklung erarbeitet und umgesetzt. So gehören zu den Projektergebnissen beispielsweise eine Diversity Policy, die die Vielfalt der Hochschule und ihrer Mitglieder abbildet und einen Handlungsrahmen für ein noch diskriminierungssensibleres Miteinander setzt. Außerdem haben die Beteiligten Handlungsempfehlungen für eine zukünftige Diversity Strategie entworfen und sich in einem partizipativen Prozess auf ein Personalverantwortungskonzept verständigt. Dieses definiert, was Personalverantwortung konkret beinhaltet und wie sie im täglichen Miteinander umgesetzt werden soll. Zu den Ergebnissen zählen auch eine Betreuungsvereinbarung im Rahmen der individuellen Qualifizierung Künstlerischer Mitarbeiter\_innen sowie viele konstruktive Maßnahmen, mit denen die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigtengruppen nachhaltig verbessert werden können. Die Maßnahmen und Konzepte – wie beispielsweise ein digitaler HelpDesk zu allen administrativen Themen – machen sich bereits im Alltag positiv bemerkbar. Sie setzen dabei immer an sogenannten „Belastungsbündeln“ im Arbeitsalltag an. So wirken sie gerade auch im Zusammenspiel auftretenden Beanspruchungen entgegen und ermöglichen es Beschäftigten, neue Ressourcen zu aktivieren.

SowiTra: „Uns geht es bei unserer sozialwissenschaftlich basierten Beratungstätigkeit um eine Arbeitswelt, in der alle Beschäftigten ihre Tätigkeiten frei und ohne Restriktionen ausüben können. Der aktive und kompetente Umgang mit Vielfalt ist uns dabei ebenso wichtig, wie die Umsetzung von Geschlechtergleichstellung und Chancengleichheit in allen Bereichen und auf allen Hierarchieebenen.“

Wir waren beeindruckt, auf welches starke Interesse der Hochschulangehörigen unsere Impulse stießen. Die zukunftsweisenden Ergebnisse des Projekts „Gutes & Kollegiales Arbeiten“ sind ganz wesentlich dem starken Engagement der Beschäftigten zu verdanken.“

Angelika Richter: „Eine Kunsthochschule, die ihre Studierenden lehrt, kritisch gesellschaftliche Prozesse und Machtstrukturen zu reflektieren, sollte auch einen wachen Blick auf die eigenen Strukturen werfen und mit gutem Beispiel vorangehen. Das haben wir getan und ich freue mich, dass wir in bemerkenswerter inhaltlicher Breite zu diesen von allen Beteiligten getragenen, konstruktiven Lösungen gekommen sind – auch dank der so kompetenten Prozessbegleitung durch SowiTra und der finanziellen Förderung im Rahmen des Programms „Gleichstellung 4.0“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie des Europäischen Sozialfonds.“ Jetzt gelte es, die Instrumente, Prozesse und Maßnahmen weiterzuentwickeln und zu verstetigen, so die Rektorin der weißensee kunsthochschule berlin.

PM, FEZ-Berlin, 22. Februar 2023

## AUTOS, FLIEGER, SCHIFFSMODELLE –

### Ein Wochenende rund um den Modellbau im FEZ-Berlin

- Empfohlen für Familien mit Kindern ab 5 Jahren
- Sa 25.02., 12-18 und 18-21 Uhr | So 26.02. 10-18 Uhr
- Tagedickets € 5,- p.P. | Familien ab 2 Personen: € 4,- p.P.

Autos, Flieger, Schiffsmodelle: Am letzten Februar-Wochenende dreht sich im FEZ-Berlin alles um das Thema Modellbau. Über 40 Modellbauer\*innen und Modellbauvereine präsentieren ihre Exponate. Die Modelle werden dabei nicht nur bestaunt, sondern brettern auch über Pisten, fahren auf Schienen, gleiten durch die Luft und segeln sogar durchs große Schwimmbad. An bestimmten Stationen können sich Kinder und ihre Eltern selbst als Pilot\*innen und Lokomotivführer\*innen probieren. Außerdem gibt es Spiel- und Bastelangebote für Kinder ab 6 Jahren, die ihre eigenen Flugzeuge, Schiffe, Autos und Eisenbahnen herstellen wollen.

Rund um den Helikopter drehen sich die Präsentationen der Modellbauer\*innen vom PMC Eggersdorf. Sowohl im Foyer als auch auf dem Außengelände heben die kleinen Modellhelikopter ab. Im Flugsimulator können Neugierige ihr Talent für das Fliegen entdecken - und sich gefahrlose Abstürze leisten. Wer sich lieber mit Raketen befasst: Auch die kann man selber bauen. Wie es funktioniert, erklären erfahrene Modellbauer\*innen des Raketen-Modellsportclubs aus Berlin.

Beim Rennfahren geht es um Schnelligkeit und Adrenalin: Schafft der Flitzer die nächste Kurve – oder fliegt er raus? Der Erste Marzahner Racing Club demonstriert, wie realitätsgetreu die kleinen Modelle das Fahrverhalten der großen Vorbilder imitieren.

Stahl und Messing sind die Ausgangsmaterialien für den Bau von Dampfmaschinen, Heißluftmotoren und von Turbinen. Feuer und Wasser sorgen für die notwendige Bewegungsenergie. Beim Familienevent Modellbau im FEZ lernen nicht nur die Kinder, wie die Feinmechanik funktioniert.

Viele der Modelle begeistern durch winzigste Details, die die Liebe der Modellbauer\*innen zu ihrem Hobby zum Ausdruck bringen. Das fällt vor allem bei der Betrachtung der Modell-Landschaften mit ihren Dörfern, Städten und kleinen Bahnhöfen auf, an denen die unermüdlichen Züge kurzzeitig zum Stehen kommen. Der Miniaturen-Modellbau treibt es auf die Spitze: Hier geht es um Details wie Hüte, Flaschen, Gläser, Besen und Lampen.

Beim Plastikmodellbau präsentiert der Modellbauverein Hans Grade Modelle aus – der Name verrät es – Plastik. Dass es auch ohne geht, zeigt hingegen der Mitteldeutsche Karton Verlag. Alle Modelle an seinem Stand bestehen aus Papier, und strahlen noch mal eine ganz andere, eigene Schönheit aus. Auch Lego ist unter Modellbauer\*innen beliebt, das Berlin Brick Syndicate zeigt seine neusten Modelle.

Wer nach den vielen Eindrücken Lust bekommt, sich selbst dem Modellbau zu widmen, kann sich auf zwei Börsen mit allem Eindecken, was das Herz an Miniaturen und Technik begehrt: Am Samstag von 12-17 Uhr auf der Modellbahn- und Automodellbörse, sowie am Sonntag von 10-15 Uhr auf der Elektronik- und Funkamateurbörse.

Ein besonderes Highlight erwartet die Gäste am Samstagabend ab 18 Uhr, wenn die Berliner Schiffsmodellbauer\*innen ihre Modelle in der FEZ-Schwimmhalle über das Wasser schippern lassen. Von der eleganten Motoryacht mit Mahagonideck bis hin zum U-Boot gibt es hier jede Menge tolle Modelle zu bestaunen.

Tickets gibt es online.

Online-Tickets / Programm: [Familienevent Modellbau: FEZ Berlin \(fez-berlin.de\)](https://www.fez-berlin.de)

PM, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 22. Februar 2023

## MEHR UMSATZ UND MEHR AUFTRÄGE

**Die Betriebe des Berliner Bauhauptgewerbes meldeten 2022 mehr Umsätze und mehr Auftragseingänge als 2021. Die Zahl der tätigen Personen nahm zu, teilt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit.**

Die Berliner Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen erwirtschafteten 2022 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 4,1 Mrd. EUR. Das entspricht einem Zuwachs um 13,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Auftragseingänge erhöhten sich um 1,0 Prozent auf 3,5 Mrd. EUR.

Die Zahl der tätigen Personen erhöhte sich um 2,3 Prozent auf 16 318 im Monatsdurchschnitt. Die Entgelte der tätigen Personen stiegen um 7,8 Prozent auf insgesamt 708,7 Millionen (Mill.) EUR. Auf den Baustellen wurden 19,2 Mill. Arbeitsstunden geleistet. Das sind, je Arbeitstag berechnet, 2,0 Prozent mehr als 2021.

Im Dezember 2022 betrug der baugewerbliche Umsatz in den Berliner Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen 444,0 Mill. EUR. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist das ein Anstieg um 19,3 Prozent.

Der Auftragseingang stieg um 2,2 Prozent auf 372,6 Mill. EUR. Die Zahl der tätigen Personen lag im Dezember 2022 mit 16 052 um 0,3 Prozent unter dem Vorjahreswert. Bei den Entgelten war gegenüber dem Vorjahreswert ein Rückgang um 0,6 Prozent auf 57,9 Mill. EUR zu verzeichnen.

## BERLIN

rbb24.de, 22. Februar 2023

# AUCH FÜR DONNERSTAG WIRD IN BRANDENBURG ZU WARNSTREIKS AUFGERUFEN

## **Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst**

Die Gewerkschaft Verdi ruft Mitarbeiter der Kreisverwaltung Uckermark, der Stadtverwaltung Prenzlau und der Stadtverwaltung Schwedt zu einem ganztägigen Warnstreik am Donnerstag auf. Um 9 Uhr solle es eine zentrale Streikkundgebung in Prenzlau geben, teilte die Gewerkschaft am Mittwoch mit.

Anschließend ist eine Demonstration zur Kreisverwaltung Uckermark geplant, wo eine Kundgebung stattfinden soll. Nach Gewerkschaftsangaben werden etwa 200 Teilnehmer erwartet. In den betroffenen Behörden könne es zu Wartezeiten oder Schließungen kommen, hieß es weiter.

## **Mehrere Warnstreiks bereits am Mittwoch**

Vor den nächsten Verhandlungen über die Tarife im öffentlichen Dienst hatte die Gewerkschaft Verdi bereits am Mittwoch zu Warnstreiks in Brandenburg aufgerufen.

In der Stadt Brandenburg waren Beschäftigte der Universitätsklinik Brandenburg, der Kreisverwaltungen Havelland und Potsdam-Mittelmark, der Stadt Brandenburg, des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Spree-Havel und der Brawag aufgerufen, die Arbeit niederzulegen, wie die Gewerkschaft am Dienstag mitteilte.

In Potsdam war eine Versammlung aller Streikenden geplant, wo die zweite Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst begonnen hat.

## **Verdi will "deutliche Signale" setzen**

Gewerkschafts-Sprecher Andreas Splanemann sagte Antenne Brandenburg vom rbb am Mittwoch, es gehe nicht darum, Betriebe lahmzulegen, sondern "deutliche Signale zu setzen". Bei den Tarifverhandlungen sei es bisher "nicht sonderlich gut vorangegangen". Er hoffe, die Arbeitgeber "bringen ein verhandlungsfähiges Angebot mit". Denn dann könne man verhandeln und müsse nicht streiken.

## **Vorstellungen gehen auseinander**

Es sei nicht klug, "eine lineare Größenordnung von zehn Prozent zu vereinbaren", sagte die Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber, Karin Welge, im rbb|24 Inforadio.

Auch wenn die Diskrepanz zwischen Inflationsrate und Lohnzuwachs noch nie so groß wie im vergangenen Jahr war, müsse man "perspektivisch und langfristig arbeiten" und den "öffentlichen Dienst für die kommenden Jahre zukunftsfähig machen." Welge sagte, sie wolle nicht über den Zeitraum von zwölf Monaten verhandeln, aber sie sei "sehr gespannt, wie die Gespräche laufen werden und appelliere an die Vernunft der Arbeitnehmer".

Wie man den öffentlichen Dienst attraktiver gestalte, hänge nicht nur mit dem Lohn, sondern auch "mit dem Thema sinnstiftende Arbeit" zusammen.

### **Verhandlungen bis Donnerstag in Potsdam**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser zeigt sich derweil optimistisch. Sie sei "davon überzeugt, dass wir auch jetzt in den nächsten zwei Tagen tragfähige Lösungen finden werden", sagte die SPD-Politikerin am Mittwoch kurz vor Auftakt der Beratungen der Verhandlungsspitzen in Potsdam. Sie werde sich dafür einsetzen, dass es ein Angebot von Arbeitgeberseite geben werde.

Die Gewerkschaft Verdi erwartet ein Angebot der Arbeitgeber. "Die Arbeitgeber sind jetzt am Zug", sagte Verdi-Chef Frank Werneke kurz vor Auftakt der Beratungen in Potsdam. "Sie hatten jetzt wirklich genügend Zeit, um sich einen Plan zurechtzulegen. Und wir erwarten, dass es ein Angebot gibt. Und zwar ein Angebot, das nicht Taktiererei bedeutet, sondern das Perspektive für einen Abschluss ermöglicht."

Die zweite Verhandlungsrunde in dem Tarifkonflikt hat am Mittwochmittag in Potsdam begonnen. Vorausgegangen waren bundesweite Warnstreiks, zu denen die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und der Beamtenbund aufgerufen hatten. Die Gewerkschaften fordern für die 2,4 Millionen Angestellten bei Bund und Kommunen 10,5 Prozent, monatlich jedoch mindestens 500 Euro mehr Gehalt. Die Gespräche werden Donnerstag fortgeführt.

Tagesspiegel, 23. Februar 2023

## SENAT WILL KRANKENHAUS DES MAßREGELVOLLZUGS AUSBAUEN

### **Modernisierungen für 53 Millionen Euro**

In der Debatte um Berlins überlasteten Maßregelvollzug möchte die von Ulrike Gote (Grüne) geführte Senatsgesundheitsverwaltung für 53 Millionen Euro Modernisierungen durchführen. Diese Summe werde man für den nächsten Landeshaushalt beantragen, sagte ein Sprecher, sie sei für „die dringend nötige Erweiterung“ des Krankenhausareals in Reinickendorf vorgesehen.

Durch den Ausbau des auf dem Gelände befindlichen Hauses 8 sollen 60 neue Plätze geschaffen werden. Der geplante Ausbau wird allerdings auch im schnellsten Fall bis 2025 dauern. Um den Platzmangel dieser Tage zu beheben, sucht die Gesundheitsverwaltung stadtweit nach externen Gebäuden, die zügig – nach entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen – belegbar sind. Dafür suche man mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH; die BIM verantwortet mehr als 5.000 landeseigene Immobilien.

Das Krankenhaus des Maßregelvollzugs, in dem psychiatrisch auffällige und drogenaffine Straftäter einsitzen, ist seit Jahren überlastet. Im Februar wurden zwei zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilte Berliner freigelassen, weil dort kein Platz frei war. Mindestens 15 weitere Gefangene sitzen in regulärer Haft, obwohl sie Anspruch auf Maßregelvollzug haben – auch sie könnten nun Jahre vor Ablauf ihrer Strafen entlassen werden.

Auf dem Gelände der früheren Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik an der Oranienburger Straße befindet sich der Hauptstadtort des Maßregelvollzugs. Eine kleinere, zur Gesamteinrichtung gehörende Klinik steht in Buch. Insgesamt gibt es 541 genehmigte Betten, stationär versorgt werden 600 Häftlinge. In den letzten Jahren stieg die Zahl derer, die zu Maßregelvollzug statt regulärer Haft verurteilt wurden.

Behörden Spiegel, 23. Februar 2023

## BERLIN: AUßERTARIFLICHE ZULAGE FÜR PRAXISANLEITER

Tarifbeschäftigte Notfallsanitäterinnen und -sanitäter, die Nachwuchskräfte in der Praxis anleiten, erhalten in Berlin nun eine erhöhte Zulage. Dies ist das Ergebnis der Verhandlungen in der Tarifgemeinschaft der Länder.

So erhalten Notfallsanitäter der Entgeltgruppe KR 8, die über die berufspädagogische Zusatzqualifikation verfügen und Nachwuchskräfte anlernen, eine außertarifliche Zulage von bis zu 224,45 Euro je Monat. Bisher lag diese Zulage bei 78,34 Euro. Die Regelung gilt mit Wirkung vom 1. Januar 2023. Mit der gestiegenen Zulage soll der gesteigerte Aufwand wertgeschätzt werden.

„Neben der Wertschätzung für die Tätigkeit stellt die erhöhte Zulage einen Anreiz dar, die erforderliche Zusatzausbildung zur Praxisanleiterin bzw. zum Praxisanleiter anzustreben und Nachwuchskräften das praktische Rüstzeug an die Hand zu geben. Diese Kolleginnen und Kollegen tragen einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes bei und gewährleisten die Ausbildung der Notfallsanitäterinnen und -sanitäter von morgen. Ich bin allen Beteiligten sehr dankbar, dass es uns nun ermöglicht wurde, dieses Engagement gebührend zu honorieren“, erklärte dazu der kommissarische Ständige Vertreter des Landesbranddirektors Berlin, Per Kleist.

Iris Spranger (SPD), Senatorin für Inneres, fügte hinzu: „Durch diese nun erhöhte Zulage wird gesichert, dass erfahrene Kolleginnen und Kollegen, die andere anleiten, für ihre zusätzliche Leistung nicht nur angemessen entlohnt, sondern vor allem wertgeschätzt werden. Sie ist ein weiterer wesentlicher Baustein, der zur Leistungsfähigkeit der Berliner Feuerwehr beiträgt.“

rbb24.de, 22. Februar 2023

## INTENDANTIN VERNAU STELLT NEUAUSRICHTUNG DES RBB VOR

**rbb-Intendantin Katrin Vernau hat ein Programm für die Neuaufstellung des rbb präsentiert. Auf einer Belegschaftsversammlung kündigte sie unter anderem einen Fokus auf mehr Regionalität an. Gleichzeitig gibt es ein umfangreiches Sparprogramm.**

- Fokus richtet sich auf mehr Regionalität
- Veränderte Mediennutzung wird stärker berücksichtigt
- Umfangreiches Sparprogramm
- Geschäftsleitung wird kleiner
- Zahl der außertariflich Beschäftigten wird deutlich reduziert

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) stellt sich für die Zukunft neu auf. rbb-Intendantin Katrin Vernau erklärte auf einer Belegschaftsversammlung am Mittwoch, in einer gemeinsamen Anstrengung aller Direktionen und Hauptabteilungen sei es gelungen, die Ausgaben bis zum Ende der laufenden Beitragsperiode (bis Ende 2024) wieder den Einnahmen anzupassen. Dazu sei, wie im November 2022 angekündigt, eine deutliche Reduktion der Ausgaben unumgänglich.

Die Sparmaßnahmen umfassen rund 49 Millionen Euro. Die Notwendigkeit ergab sich laut Vernau aus der Misswirtschaft der vergangenen Jahre. So seien Mehrerträge aus dem Rundfunkbeitrag nicht wie von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs gefordert bis zum Ende der aktuellen Beitragsperiode zurückgelegt, sondern in den laufenden Haushalt eingeflossen. Dadurch müssten bis Ende 2024 gut 41 Millionen Euro wieder aus der Planung herausgenommen werden. Hinzu kommen laut Vernau weitere rund acht Millionen Euro, die für 2023 und 2024 als Einsparziel durch die ehemalige Geschäftsleitung zwar vorgesehen, aber nicht mit Maßnahmen zu ihrer Einsparung unterlegt waren.

### **Vernau: "Diese Kurskorrektur ist ein Kraftakt, aber dringend erforderlich"**

Ziel des Maßnahmenpakets sei es, ungeachtet der angespannten Finanzlage alle strategischen Voraussetzungen zu schaffen, um das regionale Profil des rbb im Fernsehen, im Radio und Online zu schärfen.

"Diese Kurskorrektur ist ein Kraftakt, aber dringend erforderlich", erklärte Vernau. "Ohne unser entschiedenes Handeln noch in der laufenden Beitragsperiode würden wir spätestens Ende 2024 in einen finanziellen Abgrund blicken. Die Zahlungsfähigkeit wäre nicht mehr ohne weiteres sichergestellt." Weiter sagte Vernau: "Angesichts der Ausgangslage sind wir in der erweiterten Unternehmensleitung überzeugt, den richtigen Weg in eine bessere Zukunft gefunden zu haben."

Es ist uns gelungen, ausreichend Mittel zu mobilisieren, um sowohl in moderne Technologie und zukunftsfähiges Programm als auch in die regionale Berichterstattung in und aus Brandenburg investieren zu können. Darüber bin ich sehr froh und allen Beteiligten zu Dank verpflichtet. Der rbb steht damit auf wirtschaftlich solider Basis und ist programmstrategisch für die Zukunft gut aufgestellt."

Die Maßnahmen im Einzelnen:

### **Fernsehen konzentriert sich auf Vorabend**

Die Programmdirektion als Taktgeber im rbb senkt ihre Ausgaben gegenüber der bisherigen Planung in diesem und im nächsten Jahr um insgesamt 21 Millionen Euro.

- Beim Fernsehen wird sich der rbb auf das Programm zwischen 18.00 und 22.00 Uhr konzentrieren. Die Nachrichten-Flaggschiffe rbb24 Abendschau und rbb24 Brandenburg aktuell werden laut Vernau dabei weiter gepflegt.
- Sichtbare Auswirkungen wird ein von 2024 an geltendes neues Programmschema nach sich ziehen. Strategisch folgt es laut Vernau der Idee, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Berlin und Brandenburg sowohl mit traditionellen als auch modernen Erzählweisen abzubilden. Fester Bestandteil werden Thementage und dialogorientierte Sendungen, aber auch Übernahmen aus den Angeboten der ARD. In den zuschauerschwächeren Zeiten nach 22.00 Uhr wird der Programmaufwand minimiert.
- Im Digitalen konzentriert sich die Programmdirektion auf weniger, dafür qualitativ hochwertige Angebote, mit denen auch jene Beitragszahlerinnen und Beitragszahler erreicht werden, die den rbb bisher kaum nutzen.
- Erhebliche Einsparungen ergeben sich laut Vernau darüber hinaus bei fiktionalen Produktionen und dadurch, dass die Federführung für das Studio Warschau beim WDR verbleibt. Davon unberührt bleibt das journalistische Engagement des rbb im Nachbarland Polen. Nicht weiter aus eigener Kraft leisten wird sich der rbb laut Vernau die weitere Finanzierung des ARD Mittagmagazins im Ersten. Da der ARD die Mittagmagazin-Kooperation mit dem ZDF sehr wichtig ist, wird es über die Fortführung des Mittagmagazins Gespräche zwischen ARD und ZDF geben.

Von den Umschichtungen profitieren werden neben rbb24 Digital die Angebote des rbb in der Mediathek, Audiothek und auf Drittplattformen. Programmangebote werden künftig primär für die nonlineare Nutzung produziert. Verstärkt wird zudem die regionale Berichterstattung aus Brandenburg. So wird die journalistische Präsenz im westlichen Teil des Bundeslandes laut Vernau hörbar, sichtbar und spürbar intensiviert.

### **Budgets in Produktion und Betrieb sinken**

Die Produktions- und Betriebsdirektion senkt ihre Budgets im Laufe der Jahre 2023 und 2024 um sieben Millionen Euro. Sie wird sich bei ihren künftigen strategischen Planungen und Workflows strikt an den Bedarfen der Programmdirektion orientieren.

Gewährleistet bleiben sowohl der Ausbau der IT-Sicherheit als auch Investitionen in neue Technologien. Hohe Beachtung gilt laut Vernau der Optimierung der Metadaten für eine bessere Auffindbarkeit des Programmangebots in der Mediathek im Rahmen der digitalen Erneuerung der ARD. Auf den neuesten Stand gebracht wird zudem das Studio von rbb24 Brandenburg aktuell.

### **Hoher Beitrag durch Einsparungen beim Gebäudemanagement**

In der Verwaltungsdirektion leistet das Gebäudemanagement laut Vernau einen besonders hohen Beitrag zum Gesamtsparvolumen. Zugute kommt dies der Programmdirektion, die damit höhere Abstriche vermeiden konnte. Insgesamt erbringt das Gebäudemanagement bis Ende 2024 rund zehn Millionen Euro des erforderlichen Einsparvolumens. Dazu beitragen werden Einmaleffekte durch den geplanten Verkauf von zwei Immobilien und zwei Grundstücken abseits der Kernstandorte Berlin und Potsdam. Die Regionalstandorte mit den Studios in Cottbus und Frankfurt (Oder) bleiben erhalten. Strukturell auswirken wird sich mittelfristig die dank mobiler Arbeit mögliche Reduktion von Büroflächen um 25 Prozent und 10 Prozent bei den sonstigen Flächen. Hinzu kommen Abmietungen, die teilweise bereits begonnen haben. Sichergestellt bleiben Investitionen zur Erneuerung der Technik und zum Erhalt des Gebäudebestands. Von Einsparungen berührt sein wird aber auch die Mitarbeiterversorgung durch reduzierte Öffnungszeiten der Kantinen und höhere Essenspreise.

### **Personalkosten sollen deutlich sinken**

Die Kosten für Personal und Organisation sinken bis Ende 2024 um knapp elf Millionen Euro. Es bleibt beim bereits verhängten Stopp zur Nachbesetzung von Stellen, wobei eine bestehende Taskforce im Einzelfall prüft. Abgebaut werden laut Vernau die in der Vergangenheit außerhalb des regulären Plans aufgebauten Stellen. Insgesamt wird die Personalplanung laut Vernau im Sinne des nachhaltigen Sparens der künftig kleineren Organisationsstruktur des rbb angepasst. Dazu werden bis zum 1. Januar 2025 insgesamt 100 Stellen abgebaut.

### **Geschäftsleitung wird verkleinert**

Gespart wird auch an der Spitze des Senders. Vernau kündigte an, die Geschäftsleitung von derzeit vier auf zwei Direktionen zu verkleinern. Über den genauen Zuschnitt werde noch entschieden. Fest steht, dass es keine eigenständige juristische Direktion mehr geben wird.

### **AT-Verträge sollen deutlich reduziert werden**

Perspektivisch um die Hälfte verringert wird zudem die im ARD-Vergleich überdurchschnittlich hohe Anzahl an außertariflich Beschäftigten (AT). Erhalten werden AT-Verträge unterhalb der Ebene der Direktoren ausschließlich Leiter und Leiterinnen der rbb-Hauptabteilungen.

Die Strategie und sämtliche Maßnahmen stellte Vernau am Mittwoch bei einer Belegschaftsversammlung des rbb gemeinsam mit allen Führungskräften der zweiten Ebene vor, die an der strategischen Weichenstellung gearbeitet haben. Das Konzept ist laut Vernau das Ergebnis zahlreicher Workshops und Gespräche über alle Bereiche hinweg, unterstützt durch die Medienforschung. Jetzt seien alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefragt, diesen neuen Rahmen mit kreativen Ideen und Programmimpulsen gemeinsam zu gestalten, so Vernau.

"Diese intensive Zusammenarbeit, bei der alle Beteiligten frei von Bereichsegoismen an einem Strang zogen, war für mich eine sehr ermutigende, gute Erfahrung, die mir Hoffnung macht, für den jetzt vor uns liegenden steinigen Weg der Umsetzung", sagte Vernau: "Mir ist bewusst, wie schwierig die Situation und die bevorstehenden Veränderungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des rbb sind. Aber wir gehen diesen Weg gemeinsam, denn er bedeutet für den rbb, wieder zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Nach allem, was war und womöglich im Zuge der Aufklärungsarbeit noch kommt, bleibt unser Auftrag, für die Menschen in Brandenburg und Berlin da zu sein: im Fernsehen, im Hörfunk, in der Mediathek, in der Audiothek – und überall dort, wo sie sowohl nach gut recherchierten und für sie nützlichen Informationen als auch nach qualitativ hochwertigem Programm suchen."

Berliner Zeitung, 22. Februar 2023

## TEURES BERLIN: LEBENSMITTELPREISE STEIGEN STÄRKER ALS IM BUNDESDURCHSCHNITT

**Die Teuerungsrate lag im Januar in Berlin bei 8,8 Prozent. Der Warenkorb zur Berechnung der Inflation wurde neu gefüllt. Was rausflog und was reinkam.**

Die Inflation zieht wieder an. Nachdem die Teuerungsrate in Berlin im Dezember von zuvor 9,1 auf 7,9 Prozent gefallen war, legte die Inflation im Januar wieder zu. Nach Angaben des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg kosteten Waren und Dienstleistungen zu Jahresbeginn in der Stadt 8,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Und schon damals waren die Verbraucherpreise um 4,8 Prozent gestiegen. Bundesweit lag die Teuerungsrate in diesem Januar bei 8,7 Prozent.

Den Hauptgrund für die neu entfachte Teuerung lieferten die Energiepreise. War das Teuerungstempo dort zuvor noch vor allem durch die Dezember-Hilfe auf 16,2 Prozent gedrosselt worden, so wirkte sich deren Wegfall freilich auf die Januar-Inflation aus. So wurden Haushaltsenergie und Kraftstoffe im Januar wieder 21,1 Prozent teurer. Die Gaspreise stiegen um 73,4 Prozent, die für Heizöl um 34,4 Prozent. Kohle und Pellets kosteten 77,2 Prozent mehr. Kraftstoffe wurden 4,4 Prozent teurer.

Bei Nahrungsmitteln blieb die Teuerung indes auf dem höchsten Niveau seit der Wiedervereinigung. „Der Preisanstieg bei Lebensmitteln ist weiterhin mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtteuerung“, sagt Katrin Schoenecker, Co-Chefin des Referats Preise im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Im Januar lag sie mit 21,0 Prozent nur knapp unter dem im Dezember markierten Rekordwert von 21,3 Prozent. Damit stiegen die Nahrungsmittelpreise in dieser Stadt erneut ebenso schnell wie die für Energie. Bundesweit wurden Nahrungsmittel im Januar um 20,3 Prozent teurer.

Von der Teuerung betroffen waren wiederum nahezu alle Lebensmittelgruppen. Besonders gebräuchliche wurden allerdings überdurchschnittlich verteuert. So musste etwa für Weizenmehl im Januar in Berlin 78,9 Prozent mehr bezahlt werden als ein Jahr zuvor. Der Aufschlag für Zucker lag bei 81,1 Prozent. Quark wurde 68,0 Prozent teurer. Schnittkäse kostete 48,8 Prozent mehr. Die Preise für Sonnenblumen- oder Rapsöl gingen um 80,0 Prozent nach oben.

**Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte zuletzt weniger stark gestiegen**

Das ist durchaus erstaunlich, zumal die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte im Dezember zwar ebenfalls um 29,7 Prozent gestiegen waren, aber weniger stark als in den Monaten zuvor.

Denn im November lag die Teuerung der Erzeugerpreise noch bei 31,9 Prozent und im Oktober bei 37,9 Prozent. Immerhin: Tomaten kosteten in den Supermärkten im Januar 21,7 Prozent weniger. Äpfel waren 5,0 Prozent billiger.

Was in Deutschland und in Berlin wie viel teurer oder billiger wurde, wird jeweils zur Monatsmitte von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt ermittelt. Grundlage dafür ist ein virtueller Warenkorb, der fast alles enthält, was zum täglichen Leben benötigt wird. Der Inhalt reicht von Nahrungsmitteln über Bekleidung, die Ausgaben für die Wohnung und Kultur bis zu Versicherungspolicen und dem Sprit für das Auto. 650 Produkte und Dienstleistungen waren es bislang in der Summe.

Da für die Berechnung der Inflation das Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte bestmöglich abgebildet werden soll, wird die Zusammenstellung des Warenkorbs alle fünf Jahre aktualisiert. Das ist nun gerade geschehen, und auch die Januar-Inflation wurde erstmals nach neuen Kriterien berechnet. Dabei wurde der Warenkorb vor allem größer.

Laut Statistikerin Schoenecker umfasst der Warenkorb nun fast 700 Positionen. „Vegane und vegetarische Produkte waren dort bislang kaum zu finden“, sagt Katrin Schoenecker. Jetzt werden für die Preisermittlung auch Soja- und Hafermilch oder Antipasti auf Gemüsebasis berücksichtigt. Neu sind aber auch E-Zigaretten und Smartwatches, Rauchmelder und Energydrinks, Gehhilfen und Abos für E-Paper von Tageszeitungen. Dafür wurden die Leihgebühren in Videotheken und Maklergebühren aus dem Warenkorb geworfen.

Darüber hinaus wurden die einzelnen Preiskategorien für die Berechnung der Inflation neu gewichtet. Grundlage dafür war das Verbrauchsverhalten der Bundesbürger in den vergangenen drei Jahren, die allerdings maßgeblich von der Pandemie geprägt waren. Folge: Pauschalreisen haben in der Inflationsberechnung jetzt nur noch einen Anteil von 1,3 statt zuvor 2,7 Prozent. Homeoffice und damit verbundener Autoverzicht ließen die Bedeutung der Kraftstoffpreise sinken. Und da während Corona auch mehr zu Hause gekocht und gegessen wurde, beeinflussen die Nahrungsmittelpreise die Inflation neuerdings zu 10,5 statt bislang zu 8,5 Prozent. Mit dem aktuellen Verbrauchsverhalten hat das alles allerdings nicht mehr sehr viel gemein.

## WIRTSCHAFT UND POLITIK

spiegel.de, 22. Februar 2023

# DIE STIMMUNG IN DEUTSCHEN UNTERNEHMEN WIRD BESSER

**Ob Einzelhandel, Tourismus oder Gastgewerbe: Die Zuversicht in der deutschen Wirtschaft ist zurück, die Konjunktur zieht wieder an. Anders sieht es jedoch in der Baubranche aus**

Es ist der vierte Anstieg in Folge: Die deutsche Wirtschaft blickt wieder optimistischer in die Zukunft. Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Februar auf 91,1 Zähler – von 90,1 Punkten im Vormonat, wie das Münchner Institut zu seiner Umfrage unter rund 9000 Führungskräften mitteilte. Ökonomen hatten noch mit dem etwas stärkeren Anstieg auf 91,2 Zähler gerechnet.

»Die deutsche Wirtschaft arbeitet sich allmählich aus ihrer Schwächephase heraus«, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Mit den laufenden Geschäften waren die Unternehmen zwar unzufriedener als im Januar, die Erwartungen mit Blick auf die nächsten sechs Monate legten indes zu.

Zuletzt hatte es gemischte Konjunktursignale gegeben. Während der Einkaufsmanagerindex für die Privatwirtschaft im Februar weiter gestiegen war und zum ersten Mal seit acht Monaten wieder Wachstum signalisierte, warnt die Bundesbank vor einer Winterrezession in Deutschland. Auch das Ifo-Institut sieht die Gefahr einer Rezession noch nicht gebannt: »Die deutsche Wirtschaft wird um eine Rezession nicht herumkommen«, sagte der Leiter der Ifo-Umfragen, Klaus Wohlrabe. »Diese wird aber mild ausfallen.«

### **Gastgewerbe und Tourismus atmen auf**

Nach dem Schrumpfen um 0,2 Prozent Ende 2022 könnte die Wirtschaft laut Bundesbank im laufenden Quartal an Fahrt verlieren. Bei zwei Quartalen in Folge mit einem sinkenden Bruttoinlandsprodukt (BIP) sprechen Fachleute von Rezession.

In vielen Unternehmen ist man trotz dieser Gefahr mental längst weiter. Im verarbeitenden Gewerbe verzeichneten die Unternehmen zuletzt zwar weniger Neuaufträge, die Erwartungen haben sich aber merklich gebessert. Auch die Dienstleister waren wieder etwas zufriedener mit der aktuellen Geschäftslage – und die Aussichten sind noch besser. Insbesondere im Gastgewerbe und im Tourismus hat sich die Stimmung sehr gut entwickelt.

Für die inflationsgeplagten Verbraucher gibt es ebenfalls positive Nachrichten: So nahm laut Ifo-Institut der Anteil der Unternehmen, die ihre Preise in den kommenden drei Monaten anheben wollen, im Februar weiter ab. »Und zwar deutlich«, wie Wohlrabe sagte. Auch bei den Lieferengpässen setzt sich die Entspannung fort: Der Anteil der Unternehmen, die über Materialengpässe klagen, sank auf 45,4 Prozent von 48,4 Prozent im Januar.

Auch Groß- und Einzelhandel sind wieder zufriedener mit den laufenden Geschäften, der Stimmungstabsturz aus dem Vorjahr ist überwunden. Pessimistisch dagegen bleibt angesichts steigender Zinsen, Materialknappheit und Fachkräftemangel das Bauhauptgewerbe in Deutschland. Mit ihrer aktuellen Geschäftslage waren auch die Firmen in diesem Sektor jedoch zufriedener.

Die Exporterwartungen in der Industrie wiederum sanken, wenn auch nur leicht. »Da ist noch Luft nach oben«, sagte Wohlrabe mit Blick auf die deutschen Exporteure. Die weltweit gestiegenen Zinskosten dämpften die Nachfrage derzeit.

spiegel.de, 22. Februar 2023

## ARBEITGEBER FORDERN GESETZLICHE REGLUNG FÜR ARBEITSKÄMPFE

**Um ihrer Lohnforderung Nachdruck zu verleihen, hatte die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di am Freitag den Flugverkehr mit einem Warnstreik lahmgelegt. Jetzt fordern Arbeitgebervertreter strengere Gesetze.**

Nach den massiven Behinderungen durch einen ganztägigen Warnstreik an deutschen Flughäfen fordert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) eine gesetzliche Regelung für Arbeitskämpfe. »Ein Streik, der den Flugverkehr in Deutschland zum Erliegen bringt, ist kein Warnstreik mehr«, kritisierte Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter in den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland.

Der Ausstand habe massive Folgeprobleme mit sich gebracht, sagte Kampeter. »Fluggesellschaften und Passagiere wurden für überzogene Streikziele in Geiselhaft genommen.« Es seien beispielsweise hohe finanzielle Kosten entstanden. »Gerade in dieser geopolitisch und wirtschaftlich komplizierten Lage muss die Balance gehalten werden.«

»Dieser Ausstand macht einmal mehr deutlich: Unser Arbeitskampfrecht wird zunehmend unberechenbar«, sagte Kampeter weiter. Gesetzliche Regelungen seien daher überfällig. »Ein Gesetz, das klar macht, dass Arbeitskämpfe Ausnahmen bleiben sollen, kann auch ein Beitrag zur Stärkung der Tarifbindung sein.«

Ver.di hatte am vergangenen Freitag zu einem ganztägigen Warnstreik an mehreren deutschen Flughäfen aufgerufen. Dadurch wurde der Flugverkehr praktisch lahmgelegt. Insgesamt waren dem Verband der Flughäfen zufolge mehr als 2400 Flüge mit annähernd 300.000 Passagieren betroffen.

tagesschau.de, 22. Februar 2023

## UNTERSCHIEDLICH HOHE NACHTZUSCHLÄGE RECHTENS

**Nachtzuschläge dürfen unterschiedlich hoch sein - je nachdem, ob die Nachtarbeit regel- oder unregelmäßig stattfindet. Das hat das Bundesarbeitsgericht entschieden. Es ist ein Grundsatzurteil mit Signalwirkung für Tausende weitere Klagen.**

Tarifliche Nachtarbeitszuschläge dürfen bei regelmäßiger und unregelmäßiger Nachtarbeit unterschiedlich hoch sein. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) geurteilt und unterschiedlich hohe Nachtschichtzuschläge in der deutschen Getränke-, Süßwaren- und Lebensmittelindustrie für zulässig erklärt. Eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung liege nicht vor, urteilten die Erfurter Richter.

Geklagt hatte eine Mitarbeiterin von Coca-Cola in Berlin. Nach dem einschlägigen Tarifvertrag der Erfrischungsgetränke-Industrie Berlin und Region Ost betrug der Zuschlag für regelmäßige Nachtarbeit in Schichten 20 Prozent, für unregelmäßige Nachtarbeit dagegen 50 Prozent.

Die Arbeitnehmerin sah in der Unterscheidung zwischen unregelmäßiger und regelmäßiger Nachtarbeit einen Verstoß gegen den im Grundgesetz und der EU-Grundrechtecharta enthaltenen Gleichbehandlungsgrundsatz. Regelmäßige Nachtarbeit sei deutlich belastender als seltene unregelmäßige Nachtarbeit, die außerhalb von Schichtsystemen stattfindet.

### **Ausgleich für gesundheitliche Belastungen**

Coca-Cola argumentierte, dass die Tarifparteien mit der unterschiedlichen Bezahlung den ihr zustehenden Gestaltungsspielraum eingehalten haben. Höhere Zuschläge bei ungeplanter Nachtarbeit seien begründet, da so die Beschäftigten auch einen Ausgleich für den Eingriff in ihre Freizeit erhielten. Bei regelmäßiger Nachtarbeit könnten Arbeitnehmer dagegen ihr Freizeitverhalten danach ausrichten. Das sei weniger belastend.

Nachdem der Europäische Gerichtshof in dem Fall geurteilt hatte, dass EU-Recht nicht die Vergütung von Nachtarbeitszuschlägen regelt, war das Bundesarbeitsgericht wieder am Zug. Die obersten deutschen Richter urteilten nun, dass unterschiedliche Nachtarbeitszuschläge im Tarifvertrag erlaubt sind, wenn hierfür ein sachlicher Grund besteht. Die Nachtarbeitszuschläge seien ein angemessener Ausgleich für die gesundheitlichen Belastungen.

Der höhere Zuschlag für die unregelmäßige Nachtarbeit solle aber zusätzlich weitere Belastungen der Beschäftigten wegen der schlechteren Planbarkeit dieser Art der Arbeitseinsätze ausgleichen. Wie dieser Ausgleich erfolgt, liege im Ermessen der Tarifparteien, befand das Bundesarbeitsgericht.

Bei nicht tarifgebundenen Unternehmen hatte das Gericht bereits 2015 im Fall eines Paketauslieferers entschieden, dass bei ständigen Nachtschichten grundsätzlich ein "angemessener" Nachtarbeitszuschlag von 30 Prozent zu zahlen ist, bei nicht immer anfallender Nachtarbeit dagegen "regelmäßig" 25 Prozent (AZ: 10 AZR 423/14). Tarifverträge können davon aber abweichen.

### **Urteil mit Signalwirkung für weitere Klagen**

Die BAG-Entscheidung hat nach Einschätzung von Fachleuten Signalwirkung für etwa 6000 Klagen zu Nachtarbeitszuschlägen bei den Arbeitsgerichten. Dabei geht es laut der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) um einen Streitwert, "der sich mittlerweile auf gut 50 Millionen Euro summiert hat".

Allein 400 Klagen haben es bereits bis zum BAG geschafft. Nach Einschätzung des Bonner Arbeitsrechtlers Gregor Thüsing wird das neue Grundsatzurteil dabei zum Maßstab werden. "Die Schablone ist jetzt gemacht", sagte er. Letztlich sei bei den unterschiedlichen Tarifverträgen, die das BAG in den kommenden Monaten zu prüfen habe, zu klären: "Gibt es einen sachlichen Grund für eine Differenzierung und ist er im Tarifvertrag erkennbar."

Dabei kann es nach Einschätzung des Jura-Professors auch überraschende Urteile geben. Viele der umstrittenen Tarifverträge seien historisch gewachsen und nicht immer systematisch angelegt.

### **Mögliche Auswirkungen auf 250.000 Beschäftigte**

Die Gewerkschaft NGG schätzt, dass von den etwa 720.000 Beschäftigten in der Ernährungs- und Genussmittelindustrie etwa 250.000 Beschäftigte von der Entscheidung zu den Nachtschichtzuschlägen potenziell betroffen sind. Die Klagevertreterin sprach von einem möglichen Anpassungsbedarf bei Tarifverträgen. Coca-Cola Europacific Partners Deutschland bewertete das Urteil hingegen als richtungsweisende Entscheidung im Tarifgebiet Ost und darüber hinaus.

Bei der Klage ging um einen Tarifvertrag, den die NGG bereits 1998 mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen hat. Die Gewerkschaft wollte die Regelung eigentlich gern vom Tisch haben. Die Klägerin, die regelmäßig nachts arbeitet, verlangte, dass ihr die Differenz zwischen 20 und 50 Prozent erstattet wird - letztlich ohne Erfolg.

spiegel.de, 23. Februar 2023

## LAUTERBACH ERWARTET STEIGENDE BEITRÄGE

**Um die explodierenden Kosten für Gesundheit und Pflege einzudämmen, werden Beitragszahler laut Karl Lauterbach bald schon mehr berappen müssen. Einen Schuldigen hat der Politiker dafür auch schon ausgemacht.**

In der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) droht unter anderem wegen der Folgen der Pandemie ein historisches Defizit von geschätzt 17 Milliarden Euro. Um das zu finanzieren, stimmt Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die Beitragszahler schon mal auf steigende Beiträge ein.

Sollte Finanzminister Christian Lindner (FDP) auf der Einhaltung der Schuldenbremse 2024 bestehen, so Lauterbach in einem Interview mit dem »Handelsblatt«, sei mit höheren Beiträgen in der GKV zu rechnen. »Der Finanzminister legt seinen Schwerpunkt auf die Einhaltung der Schuldenbremse und auf Projekte wie die Aktienrente und die Bundeswehr. Dann lassen sich steigende Lohnzusatzkosten kaum vermeiden«, sagte der SPD-Politiker demnach.

Anstelle höherer Beiträge hat der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen zuletzt gefordert, dass gesetzlich Krankenversicherte pro Jahr gestaffelt bis zu 2000 Euro Selbstbeteiligung zahlen sollten. Zudem sollten etwa Versicherte, die wie Skifahrer selbst gewählt Risiken eingehen, ihre Behandlungen selbst bezahlen. Auch Raucher sollten stärker zur Kasse gebeten werden.

### **»Alternative wäre, Menschen mit der Pflege überfordern«**

Ein weiterer Vorschlag, die ausufernden Kosten im Gesundheitssystem in den Griff zu bekommen, sind Honorarkürzungen bei Ärzten und Zahnärzten. Das hält Lauterbach aber für schwierig. »Hier haben wir in der Reform im vergangenen Jahr bereits die Effizienzreserven gehoben«, sagte er dem »Handelsblatt«. »Deshalb dürften hier Honorarkürzungen auch im Sinne des Koalitionsfriedens obsolet sein.« Weitere harte Einschnitte bei den Pharmafirmen seien zudem nicht mehr vertretbar. Sonst könnten die Firmen gezwungen sein, Deutschland zu verlassen.

Geradezu absurd wäre es Lauterbach zufolge, bei den Kliniken zu streichen. Schätzungen des Verbands der Ersatzkassen, die das Defizit der GKV gar auf mehr als 30 Milliarden Euro beziffern, wies er jedoch zurück. »Das ist definitiv falsch«, sagte er der Zeitung. Und: »Wir arbeiten daran, dass das Defizit geringer ausfällt.«

Wie bei den Krankenkassen ist die Finanzlage auch in der gesetzlichen Pflegeversicherung angespannt. Auch hier drohen steigende Beiträge, wie Lauterbach in dem Interview sagte. »Die Alternative wäre, dass wir immer mehr Menschen mit der Pflege überfordern. Das kann keiner wollen.«

Auf die Frage, ob die geplante Pflegereform die zuletzt gestiegene Sozialhilfequote unter Heimbewohnern senken könne, sagte er: »Ja. Wir werden die Pflegeheimbewohner weiter entlasten – und zwar beim pflegebedingten Eigenanteil.« Die Sozialhilfequote sei »viel zu hoch«.

Obwohl die 40-Prozent-Marke bei den Sozialversicherungsbeiträgen 2023 bereits gefallen ist, sieht Lauterbach ohne Bundeszuschuss keine Alternative, als die Krankenkassen über die Beiträge zu stützen. »Sonst müssten wir noch stärkere Einschnitte vornehmen als im vergangenen Jahr. Das wird auch der Koalitionspartner im Finanzministerium kaum wollen«, sagte Lauterbach.

Tagesspiegel, 23. Februar 2023

## DIE BAHN WILL 80 MILLIARDEN MEHR

### **Marodes Schienennetz**

Die Modernisierung des überlasteten, überalterten und lange vernachlässigten Schienennetzes wird viel teurer als bisher veranschlagt. Die bundeseigene Deutsche Bahn AG, die auch die Infrastruktur verwaltet, hat bei Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) einen zusätzlichen Finanzbedarf von 75 bis 80 Milliarden Euro bis 2030 angemeldet. Das wurde unserer Redaktion in Koalitionskreisen bestätigt.

Für Erhalt, Ersatzinvestitionen und Digitalisierung des 33.400 km langen Gleisnetzes und der Anlagen will der größte Staatskonzern demnach neun bis zehn Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr vom Bund als Eigentümer haben. Die Regierung müsste dazu die bisher festgelegten Zahlungen mehr als verdoppeln. Ohne radikale Modernisierung sind die Klimaziele der Ampelkoalition nicht erreichbar, die Fahrgastzahlen im Schienenverkehr bis 2030 zu verdoppeln und mehr Fracht vom Lkw auf Züge zu verlagern. Schon jetzt haben Zugverspätungen und Betriebsprobleme drastisch zugenommen.

Mit Spannung wird daher die Klausur von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit seinem Kabinett erwartet. Dort soll im März über den gewaltigen zusätzlichen Finanzbedarf beraten werden, der durch den Ukrainekrieg und zuvor Corona entstanden ist. Verkehrsminister Wissing wird vor allem Finanzminister und FDP-Parteichef Christian Lindner überzeugen müssen, für besseren Schienenverkehr rasch noch viel mehr Geld bereitzustellen und dafür den Fuß von der Schuldenbremse zu nehmen.

### **Geld für Straßen oder die Bahn?**

Die Beteiligten geben zu den seit Monaten laufenden Gesprächen offiziell kaum Auskunft. Der DB-Konzern verweist auf Vertraulichkeit. Auch im Verkehrsministerium will man sich offiziell nicht zum errechneten Mehrbedarf beim Bahnnetz äußern. Aktuell laufe das Aufstellungsverfahren zum Bundeshaushalt 2024, erklärte ein Sprecher auf Anfrage. Dabei werden Eckwerte für die Ausgaben festgelegt. Man wolle „diesen Ergebnissen nicht vorgreifen“. Das Finanzministerium äußert sich ähnlich, verweist aber zusätzlich auf die nötige Einhaltung der „Regelobergrenze“ bei der Neuverschuldung.

Erwartet werden harte Auseinandersetzungen in der Koalition. Die Grünen wollen mehr Mittel für Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende durchsetzen. Zusätzliches Geld für die Schiene könnte durch den Verzicht auf weiteren Ausbau der Autobahnen und eine deutlich höhere Lkw-Maut finanziert werden, was die FDP ablehnt. Allerdings warnen Kritiker auch, der DB-Konzern mit seinen weltweit mehr als 320.000 Beschäftigten drohe, ohne Reformen zum Fass ohne Boden zu werden.

Erst Anfang 2020 hat die Regierung die Mittel für Ersatzinvestitionen und Instandhaltung beim bundeseigenen Schienennetz deutlich erhöht. Die dritte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV III) sieht bis 2030 insgesamt 86 Milliarden Euro vor. Davon sollen 62 Milliarden Euro durch den Bund und 24 Milliarden durch den Konzern finanziert werden. Dessen Tochter DB Netz AG betreibt die Infrastruktur bereits seit der Bahnreform 1994 und hat dafür seither dreistellige Milliardenzuschüsse aus der Steuerkasse erhalten. Dennoch wurde der Zustand des Netzes schlechter.

### **Reformen zu lange versäumt**

Der Bundesrechnungshof kritisiert seit Langem teure Systemfehler und Fehlsteuerungen bei der Netzsparte. Die auch von DB-Wettbewerbern vielfach angemahnten Strukturreformen wurden aber in den letzten Jahrzehnten von den wechselnden Verkehrsministern mit SPD- und dann CSU-Parteibuch nicht angepackt.

Die Ampel-Koalition will die Infrastruktur ab 2024 gemeinnützig statt gewinnorientiert ausrichten und innerhalb des Konzerns neu aufstellen. Auch bessere Finanzierungsmodelle nach Schweizer Vorbild werden debattiert. Bisher kommt Minister Wissing mit dem Umbau aber nur schleppend voran. Experten verweisen seit Jahren darauf, dass das deutsche Schienennetz massiv unterfinanziert ist und zunehmend verschleißt und überaltert, weil beim Ersatz von Brücken, Stellwerken, Gleisen und Weichen zu sehr gespart wird. Das belegten wiederholt interne Papiere des Aufsichtsrates, wonach schon zu Zeiten der früheren DB-Chefs Hartmut Mehdorn und Rüdiger Grube viel zu wenig für Wartung, Reparaturen und Austausch von Anlagen ausgegeben wurde.

### **Wahrer Zustand verschwiegen**

Der DB-Konzern wie wechselnde Regierungen haben den maroden Zustand und den wahren Finanzbedarf für die Modernisierung lange beschönigt und verschwiegen. Noch Anfang 2020 wurde die LuFV III als großer Wurf angepriesen, konkret von Ex-Minister Andreas Scheuer und Ronald Pofalla, damals noch Chef der DB Netz AG und zuvor Kanzleramtschef unter der ehemaligen Regierungschefin Angela Merkel.

Seit Pofallas plötzlichem Abgang zu einer Berliner Immobilienfirma leitet Berthold Huber die Netzsparte. Der Manager kennt als vormaliger DB-Vorstand für den Personenverkehr die vielen Engpässe und Mängel bei der Infrastruktur aus leidiger Erfahrung zahlreicher baustellenbedingter Zugverspätungen. Huber hat eine Generalinventur veranlasst, die das wenig überraschende Ergebnis brachte. Demnach ist der Zustand des deutschen Bahnnetzes besonders in den hoch belasteten Korridoren alarmierend dürftig und schlechter, als es der Konzern über Jahre in den vorgeschriebenen Infrastrukturzustandsberichten darstellte.

### **Nur Note 2,9 fürs Schienennetz**

Nach Tagesspiegel-Informationen erhält die Infrastruktur in der bisher vertraulichen Expertise insgesamt nur die Note 2,9. Die Nachbarländer Schweiz und Österreich schaffen mit den Noten 1,9 und 2,1 viel bessere Ergebnisse. Das 3500 Kilometer lange Kernnetz mit den hochbelasteten Strecken zwischen Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt, Stuttgart und München steht in der Bewertung wegen des starken Verschleißes noch schlechter da – und wird sich wegen des wachsenden Personen- und Güterverkehrs bis 2030 auf rund 9000 Kilometer vergrößern.

Deshalb sollen Korridore für die überfällige Komplettsanierung monatelang gesperrt werden, wie Wissing und DB-Chef Richard Lutz vorigen Sommer ankündigten. Starten will man mit der meistbefahrenen Strecke zwischen Mannheim und Frankfurt direkt nach der Fußball-EM 2024. Bis 2030 möchte die DB insgesamt 43 wichtige Abschnitte modernisieren. Die Rechnung dafür hat der Konzern nun präsentiert. „Die Ampel-Koalition“, sagt ein Insider, „muss jetzt die vielen Versäumnisse der Vorgänger ausbaden.“